

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

10.1.1927 (No. 7)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kuenz,
Karlsruhe

Druckpreis: Monatlich 3.— RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abdruck, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschaffensblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

für die Zeit vom 30. Dezember 1926 bis 5. Januar 1927. (Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in der Zeit vom 30. Dezember bis 5. Januar im ganzen genommen in derselben Richtung wie innerhalb der letzten Berichtszeit verlaufen. Auch diesmal weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit, die sich in einer Steigerung der Gesamtunterstützungsempfängerziffer von 61 232 um 4821 auf 66 053 ausdrückt. Das Angebot an offenen Stellen hat sich etwas vermehrt, doch handelt es sich größtenteils nur um Aushilfsplätze.

In den von der Witterung abhängigen Berufen griff die Arbeitslosigkeit weiter um sich.

Soweit sich auf dem übrigen Arbeitsmarkt Veränderungen ergaben, betrafen sie im wesentlichen folgende Berufsgruppen:

Metallverarbeitung und Maschinenindustrie: Entlassungen in der Hauptphase in der Nähmaschinenfabrikation; teilweise Betriebsstilllegung in einer größeren Uhrenfabrik, daneben auch sonst noch vereinzelte Entlassungen von Spezialarbeitern in der Uhrenindustrie. Die Bruchialer Eisenbahnsignalbauwerke sind wieder zur Vollarbeit übergegangen.

Papierindustrie und Papierverarbeitung: Ungleiche Lage. Auf der einen Seite erfolgten Entlassungen in mehreren Fabriken, anderwärts ist die Beschäftigungslage sehr gut.

Textilindustrie: Im großen und ganzen noch guter, bzw. befriedigender Beschäftigungsgrad; daneben ist allerdings auch eine teilweise Abnahme des Kräftebedarfs festzustellen.

Holz- und Schnitstoffindustrie: Ganz geringfügige Besserung in der Büchsenfabrikation, örtliche Belebung in der Korbwarenindustrie.

Genussmittelgewerbe: Bei weiterhin guten Beschäftigungsverhältnissen innerhalb der Zigarettenfabrikation leichtes Nachlassen in der übrigen Tabakindustrie. Infolgedessen hat die Kurzarbeiterziffer im Tabakgewerbe gegenüber dem Stand vom 29. Dezember eine Zunahme von 1026 auf 1169 erfahren.

Verkehrsgewerbe: Verschiedentlich Entlassungen, vornehmlich von Streckenarbeitern der Reichsbahn. Im übrigen haben die erfolgten Einstellungen die Entlassungen nicht ausgleichen können.

Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe: Leichte Steigerung des Bedarfs an Aushilfskräften. Das Angebot an Stellen suchenden für die Sommerzeit nimmt bereits zu, Aufträge für die Sommerzeit sind jedoch bisher nicht eingegangen.

Tagung des Deutschen Luftfahrerverbandes

Der Deutsche Luftfahrerverband ist am Sonntag in Berlin zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten, an der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums teilnahmen. Der Deutsche Luftfahrttag beschäftigte sich in erster Linie mit der Beratung von Maßnahmen, die dem durch die Bestimmungen der Pariser Luftfahrereinkunft bedrohten deutschen Flugport helfen sollen. Im Anschluß an Referate zu diesem Gegenstand beschloß der Verband, schon in diesem Jahre aus eigener Initiative Flugveranstaltungen im ganzen Reich durchzuführen, um auf diesem Wege werbend zu wirken und gleichzeitig Mittel für die flugportliche Betätigung zu gewinnen. Zur Lage im besetzten Gebiet fahle der Luftfahrttag einstimmig einen Beschluß, in dem der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß von der deutschen Regierung Schritte unternommen werden, um auch in den besetzten Gebieten der Luftfahrt die ihr zustehende uneingeschränkte Freiheit wiederzugeben.

Professor Friedrich Girth. In München ist Professor Dr. Friedrich Girth, der bedeutendste Kenner der chinesischen Sprache und Literatur nach längerer Krankheit im Alter von 81 Jahren gestorben. Um die chinesischen Verhältnisse praktisch kennen zu lernen, trat er 1870 in den internationalen Seesoldatendienst, dem er 27 Jahre angehörte. Von 1897 bis 1902 lebte Professor Girth in München. Darauf nahm er den neugeschaffenen Lehrstuhl für chinesische Sprache und Literatur an der Columbia-Universität in New York an, den er bis zum Ausbruch des Krieges inne hatte. Seitdem lebte Girth wieder in München.

Douglas Steward Chamberlain. In Weizsäcker ist Sonntag nachmittag der Schriftsteller Douglas Steward Chamberlain im Alter von 75 Jahren gestorben.

Zum diesjährigen Katholikentag. In Frankfurt a. M. tagte unter dem Vorsitz des Fürsten Löwenstein das Zentralkomitee der Generalversammlung des Deutschen Katholikentages. Es wurde beschlossen, den diesjährigen großen Katholikentag vom 4.—7. September in Dortmund abzuhalten.

Die Regierungsbildung im Reich

Heute Beginn der Verhandlungen

Wie die Berliner Blätter vermuten, wird Reichspräsident von Hindenburg heute, Montag, zunächst den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hg. Müller-Franken empfangen, und ihn ersuchen, Verhandlungen mit den Parteien für die Bildung einer neuen Regierung zu führen. Der „Montagspost“ zufolge, werde Hermann Müller den Auftrag ablehnen, und Hindenburg werde dann entsprechend den parlamentarischen Grundfragen den deutschnationalen Parteiführer Grafen Westarp mit der Regierungsbildung betrauen. Nach Ansicht der „Montagspost“ werde sich Graf Westarp Bedenken aussprechen und wenigstens formale Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Da sein Versuch unzweifelhaft mit einem Mißerfolg enden werde, so werde der Reichspräsident den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Regierungsbildung beauftragen. Scheiterte auch dieser, so bleibe als einzige Lösung, daß wieder ein Reichstagsantrag aus dem Reichstag hervorgeht, der abermals, wie Dr. Marx, ein Kabinett leite, das auf die Neutralität der Sozialdemokraten angewiesen sei.

B. B. Berlin, 10. Jan. (Zel.) Die Bemühungen um die Neubildung der Regierung sind am heutigen Montag Vormittag wieder aufgenommen worden. — Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, empfing der Reichspräsident zunächst den Reichstagspräsidenten Loh, um mit ihm die parlamentarische Lage und ihre Möglichkeiten durchzusprechen. Im Anschluß daran hat der Reichspräsident den Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Reich, und den Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung, Prof. Vredt, zu sich gebeten. Eine nochmalige Besprechung mit den Vorsitzenden der großen Fraktionen ist in diesem Stadium der Krise nicht vorgesehen, da sie dem Reichspräsidenten ihre Ansichten bereits vor den Festtagen bekanntgegeben haben.

Deutschnationale und Regierungsbildung

Aus den Äußerungen des Vorsitzenden der deutsch-konservativen Partei und aus der früheren Stellungnahme war von Vorklären die Forderung gezogen worden, daß die Deutschnationalen auf den Boden der Verträge von Locarno nicht treten wollten. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu: Die Deutschnationalen haben unabweislich erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung an dem gegenwärtigen Staate mitarbeiten wollen. Sie lehnen nur die Abschöpfung von Bestimmungen ab, die man auch der ausdrücklich als Partei des Kaisergebaltens gegründeten Deutschen Volkspartei oder der Bayerischen Volkspartei niemals zugemutet hat, und sie haben in der offiziellen Programmrede des Parteivorstandes, Grafen Westarp, in Köln wie auch in allen weiteren verantwortlichen Äußerungen der Partei zur Außenpolitik ebenso klar und unabweislich erklärt, daß sie Locarno und Genf als vollzogene Tatsachen anerkennen, die auch für die Weiterführung der Außenpolitik die zwangsläufig gewordenen Richtungen weisen.

Die „Germania“ schreibt, niemand werde es den Deutschnationalen verübeln, wenn sie auf ihren Grundfragen beharren; aber die Deutschnationalen müßten auch daraus die Konsequenzen ziehen und sollten davon absehen, Gemeinschaft mit Parteien zu suchen, die grundsätzlich anders denken. Aus der Feststellung in der „Kreuzzeitung“, die Deutschnationalen beanspruchten, ihr innen- und außenpolitisches Programm weiterhin scharf innewohnen, ergebe sich auch der Schluß, daß eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen solange nicht möglich sei, als eine Einigung über das innen- und außenpolitische Programm nicht erfolge.

Der „Sozialdemokratische Pressebericht“ bezeichnet als noch nicht erledigte parlamentarische Kombination die Regierung der Mitte, die sich mit dem Stimmen der Sozialdemokratie behauptet und ihre Gesetzgebungsarbeit an die Sozialdemokratie anlehnt. Die Sozialdemokratie sei bereit, zum Beispiel eine Regierung Marx zu unterstützen. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Koalition zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien als eine an sich nicht leichte Sache, aber es gehe, wenn man sich über bestimmte Aufgaben, die man gemeinsam lösen wolle, verständigt.

Die preussischen Ministerpensionen

Der preussische Finanzminister hat dem Landtag auf Antrag der Wirtschaftspartei eine Übersicht über die Zahl der pensionierten Minister und hohen politischen Beamten in Preußen übermittelt. Aus dieser Übersicht ergibt sich das gleiche Bild wie im Reich, das gezeigt hat, daß von den 23 Millionen, die an ehemalige Reichstangler, Minister, Staatssekretäre und Generale jährlich zu zahlen sind, der größte Teil auf Beamten der Vorkriegszeit entfällt. Es handelt sich in Preußen im ganzen um 50 politische Beamte, die in den letzten acht Jahren pensioniert worden sind und die jährlich etwa 450 000 Mark an Pensionen beziehen. Dazu kommen noch für sechs Minister der preussischen Republik ungefähr 175 000 Mark und zwölf ehemalige königliche Minister, die zusammen jährlich Pensionen im Gesamtbetrag von 272 000 Mark erhalten. Gegenüber dieser Zahl und gegenüber einem Pensionsfonds von 128,5 Millionen im preussischen Etat für 1927 tritt der Aufwand von insgesamt 625 000 Mark an 56 ehemalige hohe politische Beamte völlig zurück. Im einzelnen befinden sich nach der Übersicht des preussischen Finanzministers im einstweiligen Ruhestand fünf Staatssekretäre, drei Ministerialdirektoren, zwei Oberpräsidenten, acht Regierungspräsidenten, 18 Landräte, zwölf Polizeipräsidenten und zwei Gesandte.

Verbot des Emden-Films im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandskommission in Koblenz hat die Vorführung des Films „Unsere Emden“ für das besetzte Gebiet verboten.

Der Finanzausgleich

Der Gesetzentwurf über das Provisorium für den Finanzausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden ist nunmehr dem Reichstag zugegangen. Der Entwurf hält in der Fassung der Reichsregierung an den bereits bekannten Grundfragen für das Provisorium fest:

Die Reichsregierung will im § 1 die Garantie für die Überweisungen aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer erhöhen, die besondere Garantie für ein Umsatzsteueraufkommen von 1500 Mill. Mark aber streichen. In einer Doppelvorlage, wird im Gegenpaß dazu auch die **Beibehaltung der speziellen Umsatzsteuergarantie** gefordert; für die Länder und Gemeinden würde bei 30 Proz. Beteiligung hieraus eine jährliche Überweisung von 450 Mill. allein aus der Umsatzsteuer gesichert. Auch beim § 2, der formelle Einzelheiten für die Verlängerung des Finanzausgleichs regelt, ist es zu einer Doppelvorlage gekommen. Der Reichstag schlägt vor, im § 19 Abs. 6 des Finanzausgleichsgesetzes die Worte „vom 1. April 1927“ zu ersetzen durch die Worte „vom 1. April 1928“. Der Reichstag will hiermit den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit geben, bis zum 1. April 1928 in allen Fällen, in denen die Erhebung einer Wertzuwachssteuer nicht reichsrechtlich vorgeschrieben ist, auch weiterhin an Stelle der Wertzuwachssteuer den um 2 Prozent erhöhten Zuschlag zur Grunderwerbsteuer von 4 Prozent zu erheben. Die Reichsregierung schlägt ihrerseits die Streichung dieser Reichstagsvorlage vor mit der Begründung, daß die Lage des Grundstammes eine weitere Belastung mit dem erhöhten Grunderwerbsteuereinzugs nicht mehr verträglich sei.

Im § 3 enthält der Entwurf zwei weitere Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes. Im § 16 Abs. 2 soll der Termin des 31. März 1927 auf den 31. März 1928 verlegt werden. Hier hat sich die Reichsregierung einem Vorschlag des Reichstages angeschlossen. Der Abs. 1 des § 16 verbietet die Einführung neuer und die Erhöhung bestehender Getränkesteuern nach dem 1. September 1925, der Abs. 2 schreibt den Fortfall sämtlicher Getränkesteuern für den 1. April 1927 vor. Die Länder haben geltend gemacht, daß aus den kommunalen Getränkesteuern den Gemeinden gegenwärtig etwa 75 Mill. Mark zufließen und daß auf diese Einnahme nicht verzichtet werden könne. Die Reichsregierung will, um dem Reichstag nicht zu widersprechen, die endgültige Regelung dem Reichstag überlassen.

Die letzte Änderung betrifft den Verteilungsschlüssel, nach dem das Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen verteilt werden soll. Der Fortschritt des Veranlagungsprozesses hat es nicht ermöglicht, die Unterlagen für die Aufstellung des neuen (fünften) Verteilungsschlüssels bis zum 30. Juni 1926 zu beschaffen. Die Regierung hat deshalb den Endtermin für die Berechnung des neuen Schlüssels auf den 30. September 1926 verlegt und will dies nun in der Vorlage sanktionieren lassen. Entsprechend soll die Feststellung des 6. Verteilungsschlüssels erst nach dem 31. März 1927 auf Grund der dann vorhandenen Veranlagungsergebnisse beginnen.

In der Begründung schildert die Reichsregierung die äußeren und inneren Hemmungen, die der Vorbereitung des endgültigen Finanzausgleichs bereits für den 1. April 1927 entgegenstanden; die nötigen finanzstatistischen Unterlagen liegen nicht vor, ebenso mangelt ein vollständiger Überblick über das Ergebnis der ersten allgemeinen Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und die Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz. Dazu kommt die technische Unmöglichkeit, den Finanzbehörden bereits in diesem Jahre die Durchführung des geplanten Zuschlagsrechtes aufzubürden. Weiter glaubt die Regierung noch nicht in der Lage zu sein, Vorschläge für die endgültige Form der Hauszinssteuer oder einen entsprechenden Ersatz zu machen, und schließlich glaubt sie, daß sich die Einführung des Zuschlagsrechtes, selbst wenn sie zum 1. April 1927 möglich wäre, geradezu als Abbreiung herausstellen würde. Ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sei, so führte sie aus, finanzpolitisch nur unter der Voraussetzung vertretbar, daß die Hauptsteuern selbst befriedigende Erträge lieferten. Träten aber Rückschläge in so ausgesprochener Begrenzung auf, daß mit ganz bestimmten Wirtschaftszweigen — hierbei wird an die Landwirtschaft gedacht — zugleich die entsprechenden Heimatgebiete und Standorte getroffen würden, so könne das Zuschlagsrecht unter Umständen sogar zum Hemmnis eines wirklichen Finanzausgleichs werden. Statistische Anlagen, die der Begründung beigegeben sind, lassen erkennen, daß sich beim Übergang vom vierten zum fünften Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und Körperschaftsteuer der Abstieg von der landwirtschaftlichen Hochkonjunktur 1922 zu dem Tiefstande von 1925 für die vorwiegend landwirtschaftlich eingestellten Länder mit sehr beträchtlichen Unterschieden in der Beteiligungsquote geltend macht. Besonders stark ist der Rückgang des Einkommensteueraufkommens in kleineren ländlichen Gemeinden. Hier sinkt das Kopfaufkommen für die Einkommensteuer bis auf 6,97 Mark, während es im Reichsdurchschnitt 42 Mark beträgt.

Eröffnung der Wanderausstellung „Der Mensch“. Die vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden veranstaltete Wanderausstellung „Der Mensch“, die zunächst in Leipzig und dann in den bedeutendsten deutschen Großstädten, auch Karlsruhe, gezeigt werden soll, wurde am Samstag in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden der Öffentlichkeit übergeben. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, überbrachte die Wünsche der Reichsbehörden. An Hand der Sterblichkeitsziffer, die für Deutschland so günstig wie in wenigen Ländern der Welt sei, betonte der Redner die Wichtigkeit der hygienischen Volksbelehrung und die Tätigkeit des Hygiene-Museums, die das Ansehen der deutschen Wissenschaft auch im Auslande in hohem Maße gefördert hat.

Politische Neuigkeiten

Billige Nacht-Ferngespräche

Nach dem dem Verwaltungsrat der Reichspost zugegangenen Entwurf der neuen Fernsprechnung...

Ein gerichtliches Nachspiel

zum Besuch der „Hamburg“ in San Francisco

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den früheren Redakteur des „Vorwärts“...

Einführung der einjährigen Militärdienstzeit in Frankreich

Kriegsminister Painlevé hat einem Vertreter des „Temps“ im Hinblick auf die bevorstehende Parlamentsdebatte...

Der Völkerbund und die russische Schwarzmeerflotte

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Mitgliedern des Bundes ein Schreiben übermittelt...

Der Vogeltunnel

Neuerdings wird in verschiedenen französischen Wäldern die Frage der Untertunnelung der Vogesen...

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 5. Januar berechnete Großhandelsindexziffer...

Anwendung deutscher Druckschrift. Der Reichspostminister hat an die Oberpostdirektionen nachstehende Verfügung erlassen...

Europäische Lehrfilmkonferenz. Vom 7.—12. April d. J. findet in Basel eine Europäische Lehrfilmkonferenz...

Die französischen Senatswahlen

Am Sonntag erfolgten in Frankreich die Wahlen zum Senat. Das Ergebnis hat keine ziffernmäßige Verschiebung...

Es war über die Verteilung von 108 Mandaten zu entscheiden. Die 108 gewählten Senatoren verteilen sich auf die einzelnen Parteien...

Ein wesentliches Ergebnis der Senatswahlen ist, daß die Sozialisten in Gemeinschaft mit den sozialistischen Kommunisten...

Unterlegen sind von bekannten Politikern: Millerand, der Senatspräsident...

Von bekannten Politikern traten in den Senat ein: Kammerpräsident Anouk Peret...

Gewählt sind ferner Justin Godart, Steeg. Im Wahlkreis des Seine-Departements wurde im ersten Wahlgang...

Am ganzen sind 67 Senatoren wiedergewählt worden, während 41 Senatoren neu in den Senat eintreten.

W.B. Paris, 10. Jan. (Tel.) Die Presse stellt einmütig fest, daß nach dem Ergebnis der letzten Senatswahlen die Mehrheitsverhältnisse im Senat...

Ein Gnadengesuch für die ungarischen Frankenfälcher. Am heutigen Montag wird dem ungarischen Reichsverweser ein mit 300 000 Unterschriften...

Die deutsche Unterhändler in Paris. General von Barweitz und Geheimrat Forster sind am Sonntag zur Fortführung der Verhandlungen...

Die faschistische Partei. Der Große Rat der faschistischen Partei stellte, wie aus Rom gemeldet wird...

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt. Eine Aukerung des mexikanischen Präsidenten Calles...

Verschiedenes

Der Pseudoprinz

Nach Mitteilungen, die von der Kölner Polizei über die Vernehmung des in Eustirchen verhafteten Pseudoprinzin Domela gemacht wurden...

Sturm auf eine Newyorker Bank

Wegen der Verhaftung eines Vizepräsidenten und zweier Angestellter der Broadway Central Bank in Newyork...

Theaterbrand in Canada

In Montreal sind bei einem großen Kinobrand etwa 80 Menschen ums Leben gekommen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Nachdem über Sonntag vorübergehend kühlere Bitterung durch östliche Luftzufuhr eingetreten war...

Badischer Teil

Die Einweihung des neuen Rathauses in Triberg

ging am Sonntag mittag vor einem großen Kreis geladener Gäste und der gesamten Gemeindeverwaltung vor sich.

Bürgermeister Keil begrüßte den Minister des Kultus und Unterrichts, Leers, den er erneut der herzlichsten Sympathien Tribergs...

Bürgermeister Keil

der einen geschichtlichen Überblick über die industrielle Entwicklung des Schwarzwaldees gab...

Die zwangsläufige wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte hat unsere Schwarzwaldbaumindustrie fast erdrückt. Die reiflose Mechanisierung des Produktionsprozesses...

Aus dem Heimatgeist geschaffen, in Heimatkraft dargestellt und von den Heimatgestalten erfüllt...

Albrecht Dürer, Peter Fischer, Adam Kraft, Veith Stof, Jörg Sylin, Peter Waiber und alle die anderen Meister deutscher Kunst...

In wirtschaftlich schwerer Zeit haben wir dieses Werk geschaffen und manche Zweifel an seiner Vollendung...

So gehe der Gedanke urwüchsig der Volkskunst, Schwarzwald der Heimatkunst hinaus in die Lande...

Nachdem Stadtrat Schüller mitgeteilt, daß im nächsten Jahre anlässlich des 70jährigen Bestehens...

Unterrichtsminister Leers

welcher zunächst die Größe des zu seinem Bedauern am Erscheinenden verminderten Minsters des Innern überbringt. Er bezeichnet den neuen Rathausaal...

